

chen Sicherheit für viele. Wenn auch das noch verunsichert wird, geht das an die Schmerzgrenze. Das darf nicht sein.

(Beifall)

Wir weisen mit Entschiedenheit die Glosse eines bundesdeutschen Politikers zurück, der behauptet hat, wir hätten einen komischen Eigentumsbegriff. Vielmehr ist es so, daß wir sicher besser wissen als manche in der Bundesrepublik, wo hier die Schmerzgrenze liegt.

Wir haben bisher immer eine dritte Bedingung für den Beitritt genannt: die Einrichtung der Länder. Die gesetzliche Grundlage ist geschaffen. Der Wahltermin für die Landtagswahlen steht fest. Der Prozeß der Länderbildung kann nicht mit einem bestimmten Datum als abgeschlossen betrachtet werden. Das ist klar. Auf Grund der Schwierigkeiten in unserem Land sind wir bereit, den Beitritt auch vor den Wahlen zu den Länderparlamenten zu vollziehen.

Nach unserer Auffassung gehört aber zu einer ordentlichen Ländereinrichtung noch dieses: daß die Wahl zu den Länderparlamenten diesem Thema gilt und nicht überlagert wird von dem andersgearteten Thema der gesamtdeutschen Wahlen. Deshalb sind wir nicht dafür, daß diese beiden Wahlen gemeinsam am 14. Oktober stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Die Geschichte kennt viele makabre - muß man wohl sagen - Beispiele für selbstlosen Einsatz, Erfindungsreichtum, Opferbereitschaft und Solidarität in Kriegszeiten. Wir, die Deutschen, könnten jetzt diese Tugend aus falschem Anlaß zur Tugend aus richtigem Anlaß machen - in Friedenszeiten, für einen friedlichen Zweck, nämlich den inneren Frieden in den Ländern der jetzigen DDR, für ein vereinigtes Deutschland in einem friedlichen Europa. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Antrag der Fraktion der CDU/DA, betreffend Bitte an die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit zu eröffnen, die Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament in Verbindung mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 14. Oktober 1990 durchzuführen**  
(Drucksache Nr. 177)

Ich möchte nun den Vertreter der Fraktion der CDU/DA, den Abgeordneten Herrn Krause, bitten, das Wort zur Begründung zu nehmen.

#### Dr. Krause für die Fraktion der CDU/DA:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einen Satz vorweg in der Diskussion sagen. Ich habe heute die Aufgabe, als Fraktionsvorsitzender das Wort zu nehmen.

Bei der 2. Lesung zum 1. Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik habe ich hier im Namen meiner Fraktion erklärt: Dies ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit. Das gleichzeitig heute zur Beratung in 1. und 2. Lesung und zur Beschlußfassung anstehende Gesetz zu gesamtdeutschen Wahlen bietet die Gewähr dafür, daß in einem fairen Verfahren unter Wahrung der Chancengleichheit das wiedervereinigte deutsche Volk in freien, geheimen und gleichen Wahlen die Zusammensetzung des nationalen Parlaments bestimmen kann.

Der Ihnen jetzt vorliegende Antrag der Fraktion von CDU/DA, die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland zu bit-

ten, die Möglichkeit zu eröffnen, die Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament am 14. Oktober 1990 durchzuführen, ist die konsequente Fortsetzung der Politik des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière mit dem in seiner Regierungserklärung aufgezogenen Ziel,

(Gelächter, Unruhe)

die deutsche Einheit so schnell wie möglich und so gut wie nötig herbeizuführen. Oder waren bei den Lachern einige dabei, die das nicht wollen?

(Heiterkeit)

Die Lage in der DDR vor dem Staatsvertrag war destabilisiert. Die hohen wöchentlichen Übersiedlerzahlen haben in manchen Arbeitsbereichen, z. B. im Gesundheitswesen, gravierende Lücken hinterlassen. In wenigen Monaten hätte dies zur Auszehrung der DDR geführt. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde dieser Trend der Destabilisierung der DDR abrupt gestoppt.

(Gelächter)

Die Menschen haben neue Hoffnung geschöpft, weil sie erstmals wieder eine Perspektive für ihr Leben sehen.

(Beifall bei CDU/DA)

Daß einige in der PDS diese Perspektive nicht sehen, sehe ich auch.

(Was soll denn das heißen? - bei der PDS)

Bei den nun anstehenden Entscheidungen wurde überaus deutlich, wie sehr doch alte Strukturen in Wirtschaft und Verwaltung durch die Personalauswahl konserviert wurden. Gleiches gilt für weite Teile der Handelsorganisation und im besonderen Maße der Landwirtschaft. Hier sei z. B. daran erinnert, daß Minister Pollack und sein Staatssekretär Kauffold nicht in der Lage waren, der Landwirtschaft rechtzeitig vor dem 1. Juli die Orientierung mit auf den Weg zu geben für das Wirtschaften unserer Landwirtschaftsbetriebe

(Starke Unruhe und Unmutsäußerungen bei der SPD)

in der Marktwirtschaft und unter den Bedingungen des europäischen Agrarmarktes.

(Starker Beifall bei CDU/DA und DSU)

Die 14tägige Informationskampagne, mit der alle LPG und VEG direkt angesprochen und zu Beratungstreffen eingeladen wurden, mußte aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten heraus konzipiert und durchgeführt werden.

(Unruhe bei der SPD)

Und an dieselbe Adresse gerichtet können wir sagen: Gefordert ist jetzt nicht die Ermunterung zum Ruf nach mehr Staatssubventionen, sondern gefordert ist, alle Kräfte auf die Umgestaltung und die Mitarbeit am Strukturwandel zu konzentrieren.

(Beifall bei CDU/DA)

In einer Situation, in der es in besonderem Maße darauf ankommt, Investitionsbereitschaft, Zuversicht und Vertrauen in die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger zu fördern, redet der Finanzminister durch Haushaltsnachforderungen in zweistelliger Milliardenhöhe höhere Zinssätze herbei und trägt zu einem Teil zur Katastrophensituation bei.

(Unmutsäußerungen bei der SPD, Beifall bei der CDU/DA)

Jede Äußerung von sogenannten hochrangigen Politikern, mit der die soziale Marktwirtschaft im Ergebnis als Schreckgebilde